

1974	Ausgegeben zu Bonn am 1. August 1974	Nr. 82
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
24. 7. 74	Kostenordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt (KostO-WSV-Bin) 9500-7, 9503-5	1593

Kostenordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt (KostO-WSV-Bin)

Vom 24. Juli 1974

Auf Grund des § 3 b Abs. 2 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch das Bundes-Immisionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzblatt I S. 721), und des § 9 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Schifferdienstbücher vom 12. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 3), zuletzt geändert durch Artikel 276 des Einführungsgesetzes zum Strafrecht vom 2. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 469), in Verbindung mit dem 2. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 821) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen verordnet:

§ 1

(1) Für Amtshandlungen der Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt werden Kosten (Gebühren und Auslagen) nach dieser Verordnung erhoben.

(2) Gebührenpflichtig sind die im Gebührenverzeichnis (Anlage zu dieser Kostenordnung) aufgeführten Amtshandlungen.

(3) Auslagen werden gesondert erhoben. Für Auslagen nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 des Verwaltungskostengesetzes kann ein Mindestpauschalsatz von 5,— Deutsche Mark angesetzt werden.

(4) Im übrigen gilt der 3. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes.

§ 2

Wird die Untersuchung eines Wasserfahrzeugs von Amts wegen von einer Behörde der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes angeordnet, so werden für diese Amtshandlung Kosten nur dann erhoben, wenn sich die Annahme bestätigt, daß das Fahrzeug nicht mehr fahrtauglich ist.

§ 3

(1) Erfordert die Amtshandlung ein Tätigwerden der Behörde außerhalb der Dienstzeit, so kann die doppelte Gebühr erhoben werden.

(2) Wenn der Untersuchungskommission Wartezeiten entstehen, weil ein Wasserfahrzeug nicht zur festgesetzten Zeit zur Untersuchung bereitsteht, kann dem Kostenschuldner je angefangene Wartezeit und je beteiligtes Mitglied der Untersuchungskommission ein Zuschlag von 20,— Deutsche Mark auferlegt werden.

(3) Findet eine Untersuchung oder eine Probefahrt der Wasserfahrzeuge auf Antrag des Berechtigten nicht am ständigen Untersuchungsplatz der Untersuchungsbehörde statt, so hat der Kostenschuldner außer den in § 10 Abs. 1 Nr. 6 und 8 des Verwaltungskostengesetzes bezeichneten Auslagen auch die sonstigen entstehenden Mehrkosten zu tragen und je beteiligtes Mitglied der Untersuchungskommission einen Zuschlag in Höhe von 30,— Deutsche Mark zu entrichten.

§ 4

Findet eine Prüfung zur Erteilung, Erweiterung oder Erstreckung von Befähigungszeugnissen auf Antrag des Bewerbers an einem anderen als dem vorgesehenen Prüfungstermin oder nicht am Sitz des Prüfungsausschusses statt, so hat er die hierdurch entstehenden Mehrkosten zu tragen.

§ 5

Die Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 11 Abs. 2 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auch im Land Berlin.

§ 6

Diese Verordnung tritt am 15. August 1974 in Kraft.

Am gleichen Tage treten außer Kraft

1. die Kostenordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 27. Juni 1970 (Bundesgesetz-

blatt I S. 994), zuletzt geändert durch die Zweite Änderungsverordnung vom 22. Dezember 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 2159);

2. § 5 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Schifferdienstbücher vom 22. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 26), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Oktober 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1499).

Bonn, den 24. Juli 1974

Der Bundesminister für Verkehr
Gscheidle

Anlage

Gebührenverzeichnis

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
I. Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Ausstellung von Befähigungszeugnissen und Schifferdienstbüchern			
1. Schiffsführer- und Lotsenprüfung			
Rhein:			
	Rheinschifferpatente (einschließlich Kleiner Patente, Penichen-Patente, Sportschifferpatente, Feuerlöschbootpatente)	Artikel 5, 6, 6 a, 6 b EinfVO, RheinSchPatentVO ¹⁾	75,—
	Lotsenpatente	§ 3 LotsenORhein ²⁾ , Preuß. Regulativ ³⁾	75,—
Donau:			
	Donaukapitänspatente (einschließlich Schiffsführerpatente und Kleiner Patente)	§§ 3, 4 DonauSchPatentVO ⁴⁾	75,—
Elbe:			
	Elbschifferzeugnisse	Artikel 2 ElbSchZVO ⁵⁾	75,—
Geltungsbereich BSchPatentVO:			
	Schifferpatente	§ 20 Abs. 1 BSchPatentVO ⁶⁾	75,—
	Prüfung in einzelnen Sachgebieten je Sachgebiet	§ 20 Abs. 1 BSchPatentVO	20,—
2. Bootsführer-, Fährführerprüfung, Prüfung für Schifferausweise und Befreiung von Befähigungszeugnissen			
Rhein:			
	Bootsführerscheine, Fährführerscheine für Fahren mit eigener Triebkraft	§ 25 KleinfahrgastSchVO ⁷⁾ , § 27 Abs. 1 Nr. 3 RheinfahrenVO ⁸⁾	30,—

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
	Donau:		
	Fährführerscheine für Fahren ohne eigene Triebkraft	§§ 3, 4 DonauSchPatentVO	15,—
	Elbe:		
	Befreiung von Elbschifferzeugnissen	Artikel 10 Abs. 4 ElbSchZVO	30,—
	Geltungsbereich BSchPatentVO:		
	Fährführerscheine für Fahren mit eigener Triebkraft	§ 30 BSchPatentVO	30,—
	Schifferausweise	§ 27 BSchPatentVO	30,—
3.	Prüfung für Radarschiffer-Zeugnisse		
	Radarschiffer-Zeugnisse	§ 3 RadarSchZVO ⁹⁾	120,—
	Besondere Radarschiffer-Zeugnisse	Artikel 4 EinfVO RadarSchZVO ¹⁰⁾	75,—
4.	Erweiterung oder Erstreckung von Befähigungszeugnissen		
	Rhein:		
	Erweiterung oder Erstreckung der Rheinschifferpatente	§ 10 RheinSchPatentVO ¹¹⁾	30,—
	Erweiterung der Bootsführerscheine	§ 26 KleinfahrgastSchVO	30,—
	Erweiterung oder Erstreckung der Fährführerscheine	§ 28 RheinfahrenVO	
	ohne Prüfung		15,—
	mit Prüfung		30,—
	Donau:		
	Erweiterung der Schiffsführerpatente oder der Kleinen Patente einschließlich der Erweiterung dieser Patente auf außerdeutsche Strecken	§§ 23 a, 27 DonauSchPatentVO	30,—
	Geltungsbereich BSchPatentVO:		
	Erweiterung oder Erstreckung der Schifferpatente	§§ 22, 23, 35 Abs. 2 Satz 2 BSchPatentVO	
	ohne Prüfung		25,—
	mit Prüfung bei Erweiterung		50,—
	bei Erstreckung		30,—
	Erweiterung oder Erstreckung der Fährführerscheine	§ 32 BSchPatentVO	
	ohne Prüfung		15,—
	mit Prüfung		30,—
5.	Prüfung zur Erteilung der Fährführerscheine für Fahren ohne eigene Triebkraft	§ 27 RheinfahrenVO, § 4 DonauSchPatentVO, § 30 BSchPatentVO	15,—

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
6.	Ausfertigung oder Ersatzausfertigung der unter Nummer 1 bis 3 aufgeführten Befähigungszeugnisse	§ 9 RheinSchPatentVO, § 12 LotsenORhein, Preuß. Regulativ, §§ 30, 32 KleinfahrgastSchVO, §§ 32, 34 RheinfährenVO, § 6 RadarSchZVO, §§ 13, 20, 23, 26, 30 DonauSchPatentVO, Artikel 8 Abs. 1 und 3, Artikel 10 Abs. 4 ElbSchZVO, §§ 12, 21, 24, 28, 31 BSchPatentVO	20,—
7.	Ausfertigung oder Ersatzausfertigung der unter Nummer 5 aufgeführten Fährführerscheine	§§ 32, 24 RheinfährenVO, §§ 12, 31 BSchPatentVO	15,—
8.	Beurkundung einer Erweiterung oder Erstreckung von Befähigungszeugnissen	§ 10 RheinSchPatentVO, § 26 KleinfahrgastSchVO, § 28 RheinfährenVO, §§ 23 a, 24, 27 DonauSchPatentVO, §§ 22, 23, 32, 35 Abs. 2 Satz 3 BSchPatentVO	15,—
9.	Umtausch alter Befähigungsnachweise	§ 51 RheinfährenVO, § 45 KleinfahrgastSchVO, § 35 DonauSchPatentVO, § 40 BSchPatentVO	15,—
10.	Ausstellung eines Fahrtenheftes	§ 7 LotsenORhein	7,—
11.	Für die Ausstellung oder Ersatzausfertigung eines Schifferdienstbuches oder Ausstellung eines Fortsetzungsbuches	§ 3 des Gesetzes über Schifferdienstbücher ¹²⁾ , § 1 Abs. 1 und 2 der Durchführungsverordnung ¹³⁾	5,—
12.	Für die Überprüfung eines Schifferdienstbuches	§ 7 des Gesetzes über Schifferdienstbücher	
	je angefangene Seite		1,—
	mindestens		3,—
	höchstens		30,—

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
II. Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Ausstellung von Bescheinigungen über Bau, Ausrüstung, Besatzung und Betrieb der Wasserfahrzeuge			
1.	Prüfung des Antrags einschließlich der erforderlichen Unterlagen zur Vornahme von Amtshandlungen nach den Nummern 2, 3 und 5		70,—
2.	Erste Untersuchung, Sonderuntersuchung, Untersuchung auf besonderen Antrag, Untersuchung von Amts wegen — soweit nicht unter Nr. 5 fallend —	Artikel 6, 10, 12 Nr. 1, Artikel 14 Nr. 1, Artikel 47 RheinSchUO ¹⁴⁾ , §§ 4, 8 Satz 1, § 9 RheinfährenVO, §§ 3, 7, 8 KleinfahrgastSchVO, §§ 3, 9 Abs. 1, § 10 DonauSchUO ¹⁵⁾ , §§ 3, 9 Satz 1, §§ 10, 11 BSchUO ¹⁶⁾	
	a) von Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft mit einer Tragfähigkeit		
	bis 400 t		110,—
	über 400 t bis 900 t		180,—
	über 900 t bis 1 400 t		240,—
	über 1 400 t		320,—
	b) von Güterschiffen mit eigener Triebkraft sowie von Motorbooten und Motoryachten (nach Wasserverdrängung in t)		Gebühr nach Nr. 2 Buchstabe a zuzüglich 60,—
	c) von Tankschiffen nach Art des Fahrzeugs je nach dem Umfang der Untersuchung		Gebühr nach Nr. 2 Buchstabe a oder Buchstabe b zuzüglich 60,— bis 100,—
	d) von Schleppern und Schubbooten		
	bis 600 PS		220,—
	über 600 PS		380,—
	e) von Fahrgastschiffen einschließlich der Festsetzung der höchstzulässigen Belastung	Artikel 28 a Nr. 4 RheinSchUO, § 54 BSchUO, § 11 KleinfahrgastSchVO	
	bis 50 Personen		150,—
	über 50 bis 400 Personen		250,—
	über 400 Personen		350,—
	f) von Fahrgastschiffen mit Schlafräumen für die höchstzulässige Zahl von Fahrgästen		Gebühr nach Nr. 2 Buchstabe e zuzüglich 80,—
	g) von schwimmenden Geräten ohne eigene Triebkraft, nach dem Inhalt des von dem Schwimmkörper eingenommenen Raumes (Länge × Breite × Seitenhöhe)		90,— + 0,15 DM/m ³ Rauminhalt

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
	h) von schwimmenden Geräten mit eigener Triebkraft		Gebühr nach Nr. 2 Buchstabe g zuzüglich 80,—
	i) von Fischereifahrzeugen ohne eigene Triebkraft		60,— + 0,10 DM/m ³ Wasser- verdrängung
	mit eigener Triebkraft		90,— + 0,10 DM/m ³ Wasser- verdrängung
	k) Fähren ohne eigene Triebkraft einschließlich der Festsetzung der höchstzulässigen Belastung		15,— bis 100,—
	l) von sonstigen Personenfähren einschließlich der Festsetzung der höchstzulässigen Belastung		
	bis 50 Personen		150,—
	über 50 bis 400 Personen		250,—
	über 400 Personen		350,—
	m) von Lastfähren *)		
	ohne eigene Triebkraft		45,— bis 120,—
	mit eigener Triebkraft		150,— + 2,— DM/t Tragfähigkeit
	n) von Flößen einschließlich Festsetzung der Besatzung und Ausstellung des Floßzeugnisses		30,—
3.	Nachuntersuchungen, Teiluntersuchungen, Fähraufsicht sowie angesetzte oder angefangene Untersuchungen, die nicht durchgeführt werden konnten	Artikel 11 Nr. 1 RheinSchUO, §§ 3, 7 RheinfährenVO, § 6 KleinfahrgastSchVO, § 8 DonauSchUO, § 3 DonaufährenVO, § 4 FährenVO, § 3 Abs. 5 EderseefährenVO ¹⁷⁾ , §§ 8, 80 Abs. 3 BSchUO	
	je nach dem Umfang der Untersuchung		² / ₅ der Gebühr nach Nr. 2 bis zur vollen Gebühr
4.	Nachuntersuchung von Flößen einschließlich Neufestsetzung der Besatzung und Eintragung der Veränderung im Floßzeugnis	Artikel 50 RheinSchUO	15,—
5.	Sonderuntersuchungen	Artikel 17 Nr. 1 RheinSchUO, § 8 Satz 2 RheinfährenVO, § 7 Satz 2 KleinfahrgastSchVO, § 9 Abs. 2 DonauSchUO, § 9 Satz 2, § 12 Abs. 1 BSchUO	

*) Fähren, die zur gleichzeitigen Beförderung von Personen und Fahrzeugen, Gütern oder Vieh eingerichtet sind.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
	je nach dem Umfang der Untersuchung		$\frac{1}{5}$ der Gebühr nach Nr. 2 bis zur vollen Gebühr
6.	Befreiung von der Untersuchung, Verlängerung des Schiffsattestes	Artikel 15, 11 Nr. 2 RheinSchUO	$\frac{1}{5}$ der Gebühr nach Nr. 2
7.	Festsetzung der Besatzung ohne gleichzeitige Untersuchung, ausgenommen bei Fahren und Kleinfahrgastschiffen	Artikel 36 Nr. 1 RheinSchUO, § 66 BSchUO	40,—
8.	Festsetzung der Besatzung bei Fahren und Kleinfahrgastschiffen ohne gleichzeitige Untersuchung, Festsetzung der höchstzulässigen Belastung und der höchstzulässigen Anzahl der Fahrgäste ohne gleichzeitige Untersuchung	§§ 12, 15 RheinfahrenVO, §§ 11, 13 KleinfahrgastschiffVO, §§ 54, 74 BSchUO	$\frac{2}{5}$ der Gebühren nach Nr. 2 Buchstaben f, l, m
9.	Eignungsvermerk zur Beschäftigung von Frauen	Artikel 37 Nr. 3 RheinSchUO, § 16 KleinfahrgastSchUO, § 67 Abs. 2 BSchUO	
	ohne gleichzeitige Untersuchung		40,—
	bei gleichzeitiger Untersuchung		20,—
10.	Befreiungsvermerk	§ 48 Abs. 2 RheinfahrenVO, § 42 KleinfahrgastSchVO, § 92 Abs. 2 BSchUO	30,— bis 100,—
11.	Bezeichnung der Einsenkungsmarken	Artikel 30 RheinSchUO, § 14 RheinfahrenVO, § 12 KleinfahrgastSchVO, § 13 DonauSchUO, § 24 BSchUO	
	je Freibord		15,—
12.	Bezeichnung der Tiefgangsanzeiger	Artikel 31 RheinSchUO, § 14 DonauSchUO, § 25 BSchUO	20,—
13.	Anbringung oder Erneuerung der Einsenkungsmarken		
	bei 2 Marken		20,—
	bei 4 Marken		40,—
	jede weitere Marke		7,—
14.	Anbringung der Tiefgangsanzeiger		40,—

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
15.	Sondergenehmigung für eine einmalige Fahrt, Bescheinigungen über vorläufige Zulassung, befristete Weiterverwendung, einmalige Überführung	Artikel 4 a, 4 b, 11 Nr. 2, Artikel 35 a RheinSchUO, § 21 Abs. 1 RheinfahrenVO, § 19 Abs. 1 KleinfahrgastSchVO, § 5 a Abs. 2, §§ 6, 30 Abs. 1 DonauSchUO, § 4 a Abs. 2, §§ 5, 84 Abs. 1 BSchUO	25,—
16.	Ausnahmebewilligung von den Besatzungsvorschriften	Artikel 44 Nr. 5, Artikel 53 Nr. 1 RheinSchUO, §§ 68 Abs. 4, 69 Abs. 4, § 76 Abs. 1 BSchUO	15,— 50,—
	wenn Schiffsjunge die Schule besucht in sonstigen Fällen		
17.	Durchführung von Probefahrten je angefangene Stunde und je beteiligtes Mitglied der Schiffsuntersuchungskommission	Artikel 6 Nr. 2 RheinSchUO, § 27 Abs. 4 DonauSchUO, § 80 Abs. 4 BSchUO	25,—, jedoch höchstens 600,—
18.	Bodenuntersuchungen je angefangene Stunde und je beteiligtes Mitglied der Schiffsuntersuchungskommission	Artikel 13 Nr. 2 RheinSchUO, § 27 DonauSchUO, § 80 Abs. 2 BSchUO	30,—, jedoch höchstens 600,—
19.	Prüfung einer Stabilitätsberechnung (Prüfung der Stabilität des intakten Schiffes oder Prüfung der Leckstabilität)	Artikel 28 a Nr. 2 und 3 RheinSchUO, § 27 DonauSchUO, § 52 Satz 1, § 80 Abs. 5 BSchUO	
	a) von Fahrgastschiffen und Fähren mit einer höchstzulässigen Fahrgastanzahl		
	bis 400 Personen		280,—
	über 400 Personen		380,—
	bei einer Teilprüfung nach Veränderung		1/2 Gebühr
	b) von anderen Fahrzeugen		
	bei einer Teilprüfung nach Veränderung		Gebühr nach Nr. 2 1/2 Gebühr nach Nr. 2
20.	Ausstellung des Schiffsattestes, des Donauschiffsattestes, des Schiffszeugnisses sowie Ausfertigung einer Zweitschrift oder Abschrift	Artikel 2, 7, 12, 17 Nr. 1 und 2, Artikel 20 RheinSchUO, § 5 Abs. 1, §§ 29, 31 DonauSchUO, § 4 Abs. 1, § 12 Abs. 1, §§ 83, 85 BSchUO	25,—
21.	Änderung des Schiffsattestes, Donauschiffsattestes, Schiffszeugnisses	Artikel 9 Nr. 2 RheinSchUO, § 5 Abs. 2 DonauSchUO, § 4 Abs. 2 BSchUO	10,—

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
22.	Ausstellung des Fährzeugnisses/Fährzusatzzeugnisses, des Fährprüfungsbuches, des Zulassungsscheines/Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnisses sowie Ausfertigung einer Zweitschrift oder Abschrift	§§ 3, 5, 10, 20, 22 RheinfährenVO, §§ 4, 9, 18, 20 KleinfahrgastSchVO, § 3 Abs. 2 DonaufährenVO ¹⁸⁾ , § 4 Abs. 1 FährenVO ¹⁹⁾	20,—
23.	Änderung des Fährzeugnisses/Fährzusatzzeugnisses, Zulassungsscheines/Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnisses	§ 5 Abs. 2 RheinfährenVO, § 4 Abs. 2 KleinfahrgastSchVO	10,—
24.	Eintragung einer Nach- oder Sonderuntersuchung, Verlängerung der Gültigkeitsdauer im Schiffsattest, Zulassungsschein, Donauschiffsattest oder Schiffszeugnis	Artikel 10, 11 RheinSchUO, §§ 16, 17 KleinfahrgastSchVO, § 28 DonauSchUO, § 81 BSchUO	20,—
25.	Eintragung von Vermerken über Fahrgeräusche, Flüssiggasanlagen, Beförderung von Fahrgästen, Eichmarken, beschränkte Verwendung, Schließung von Seitenfenstern, Anerkennung von Schiffszeugnissen Eintragung von Vermerken siehe auch Abschnitt V Nr. 11	Artikel 23 a Nr. 3 und 5, Artikel 26 a Nr. 4, Artikel 28 Nr. 4, Artikel 30 Nr. 5, Artikel 40 Nr. 5, Artikel 53 a Nr. 6 und 7 RheinSchUO, § 11 RheinfährenVO, § 10 KleinfahrgastSchVO, § 13 Abs. 5, § 20 Abs. 3 DonauSchUO, § 12 Abs. 1 Satz 3, § 21 Abs. 3, § 24 Abs. 3 BSchUO	10,—
26.	Eintragung eines Vermerks über den Einbau eines Entölers oder die Verwendung der Maschinenraumblige als Sammelbehälter	Artikel 23 Nr. 5 RheinSchUO, § 11 RheinfährenVO, § 10 KleinfahrgastSchVO, § 33 Abs. 1 und 2 BSchUO	20,—
27.	Erteilung der Schlepperlaubnis	Artikel 33 Nr. 3 RheinSchUO, § 29 Abs. 3 BSchUO	60,—
28.	Herabsetzung der festgesetzten Anzahl der Fahrgäste und der Belastung der Fähren bei Personenfähren mit eigener Triebkraft bis 50 Personen über 50 bis 400 Personen über 400 Personen bei Personenfähren ohne eigene Triebkraft bei Lastfähren ohne eigene Triebkraft mit eigener Triebkraft	§ 4 Abs. 3 FährenVO, § 3 Abs. 4 DonaufährenVO	25,— 50,— 80,— 10,— 20,— 50,—
29.	Prüfung von Konstruktionszeichnungen ohne gleichzeitige Untersuchung je nach Umfang der Prüfung	Artikel 3, 10, 12 und 14 RheinSchUO, §§ 4, 9, 10, 11 DonauSchUO, §§ 3, 9, 10 und 11 BSchUO	25,— bis 100,—

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
30.	Ausstellung einer Bescheinigung zur Vorlage bei einer Rheinschiffsuntersuchungskommission	Erlasse des BMV vom 30. Januar 1957 — B 442/4022 Vmb/57 — und vom 1. Dezember 1959 — B 442/2002 D/59 II —	50,—
31.	Eintragung von Vermerken auf Grund von Rechtsverordnungen	Artikel 1 a RheinSchUO, § 12 a BSchUO	20,— bis 150,—
Beförderung gefährlicher Güter			
32.	Sondergenehmigung für die Beförderung von Fahrgästen auf Schiffen mit gefährlicher Ladung	Rn 10 172(1) ADNR ²⁰⁾	50,— bis 200,—
33.	Ausstellung eines normalen Zulassungszeugnisses	Rn 10 183(1) ADNR	30,—
34.	Verlängerung der Gültigkeitsdauer des normalen Zulassungszeugnisses	Rn 10 183(3) ADNR	15,—
35.	Einziehung oder Berichtigung des normalen Zulassungszeugnisses	Rn 10 183(6) ADNR, Rn 10 183(7) ADNR	50,— bis 100,—
36.	Untersagung der Verwendung eines Schiffes	Rn 10 183(6) ADNR	50,— bis 100,—
37.	Ausstellung eines zeitweiligen Zulassungszeugnisses für begrenzte Dauer einschließlich Versiegelung von Einrichtungen, die nicht benutzt werden dürfen	Rn 10 184 ADNR	30,— bis 200,—
38.	Genehmigung des Füllens und Entleerens von Behältern (Containern) an Bord	Rn 10 419(1) ADNR	100,—
39.	Besondere Genehmigung zum Umladen der Ladung mit Ausnahme von Umladungen nach Havariefällen	Rn 10 506 ADNR	50,— bis 100,—
40.	Zulassung von Anlaßvorrichtungen für Dieselmotore	Rn 11 231 ADNR	80,—
41.	Zulassung von Brennstoffleitungen, die nicht aus Stahl oder Kupfer sind	Rn 11 233(1) ADNR	80,—
42.	Bestimmung der Zeit und der Dauer von Umschlagsarbeiten	Rn 11 408 ADNR	50,—

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
43.	Sondergenehmigung zum Be- und Entladen	Rn 11 414(10) ADNR	100,—
44.	Zulassung der Beförderung in Verbänden oder gekuppelten Fahrzeugen	Rn 11 501(2) ADNR	150,—
45.	Zulassung von verstärkten Lüftungseinrichtungen für Laderäume	Rn 31 212(3) ADNR	80,—
46.	Zulassung von Brennstoffleitungen, die nicht aus Stahl oder Kupfer sind	Rn 31 233(1) ADNR	80,—
47.	Zulassung von Kabeln für Wohnungen	Rn 31 257 ADNR	50,—
48.	Genehmigung des Stilliegens außerhalb der besonderen Liegeplätze	Rn 31 504(2) ADNR	80,—
49.	Anerkennung der Gleichwertigkeit	Artikel 5 ADNR	100,— bis 600,—
50.	Ausstellung oder Erneuerung der Bescheinigung	§ 2 Nr. 2 und 3 VOFlüssiggas ²¹⁾	20,—
51.	Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Bescheinigung	§ 2 Nr. 3 VOFlüssiggas	15,—

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
III. Kennzeichnung der Wasserfahrzeuge			
1.	Zuteilung des Kennzeichens für Wasserfahrzeuge ohne Kleinfahrzeuge		20,—
2.	Zuteilung des Kennzeichens einschließlich Ausstellung des Ausweises oder dessen Verlängerung für Kleinfahrzeuge	<p>§§ 2, 4 der Verordnung über die Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge auf dem Rhein vom 20. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. II S. 1956), §§ 4, 6 der Verordnung über die Kennzeichnung von Kleinfahrzeugen, die mit Motorkraft angetrieben werden, auf den Bundeswasserstraßen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hannover vom 26. Juli 1961 (Verkehrsblatt S. 391), §§ 4, 6 der Verordnung über die Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge auf der Bundeswasserstraße Donau vom 24. Juni 1968 (Verkehrsblatt S. 613), §§ 4, 6 der Schifffahrtspolizeilichen Anordnung über die Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge auf den Bundeswasserstraßen Main, Regnitz, Main-Donau-Kanal im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Würzburg vom 6. März 1968 (Verkehrsblatt S. 127), § 3 der Schifffahrtspolizeilichen Anordnung über die Kennzeichnung der Sportfahrzeuge auf den Westdeutschen Kanälen vom 8. Mai 1967 (Verkehrsblatt S. 377), §§ 2, 4 der Verordnung über die Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge auf der Mosel vom 26. Oktober 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 1443) in der jeweils gültigen Fassung</p>	
	für Ruder- und Paddelboote ohne mechanischen Antrieb		5,—
	für sonstige Kleinfahrzeuge		20,—

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
IV. Wassersport und Sportbootverkehr			
1.	Erlaubnis zur Vermietung	§ 3 der Verordnung über das Vermieten von Sport- und Vergnügungsfahrzeugen sowie deren Benutzung auf Bundeswasserstraßen vom 12. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. II S. 1624), § 2 Abs. 1 der Verordnung über das stundenweise Vermieten von Sport- und Vergnügungsfahrzeugen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hannover vom 1. Februar 1962 (Verkehrsblatt S. 89) in der jeweils gültigen Fassung	
	je Boot		20,—
2.	Zulassung einer verlängerten Betriebszeit	§ 8 Abs. 2 und § 9 Abs. 2 der in Nr. 1 genannten Verordnungen	
	für das erste Boot eines Betriebes		15,—
	für jedes weitere Boot		3,—
	je Betrieb und Tag		
3.	Erstuntersuchung der Boote einschließlich der Rettungsboote und Ausstellung der Tauglichkeitsbescheinigung sowie Sonderuntersuchungen	§ 6 der in Nr. 1 genannten Verordnungen	
	je Boot		10,—
	Nachuntersuchung ohne Neufestsetzung der höchstzulässigen Anzahl der Insassen		
	je Boot		7,—
4.	Besichtigung der Betriebsstätte	§ 7 der in Nr. 1 genannten Verordnungen	20,—
5.	Erlaubnis zum Befahren der Eder- und Diemeltalsperre		
	a) für Boote mit einer Motorenleistung bis zu 5 PS	§ 2 TspVerkVO ²²⁾	
	für die Zeit von Montag bis Freitag		2,—
	für die Zeit von Montag bis Freitag für Inhaber von Jahreseerlaubnisscheinen zum Fischfang		1,—
	für eine Woche		4,—
	für einen Monat		10,—
	b) für Boote mit einer Motorenleistung über 5 PS	§ 2 TspVerkVO	
	für die Zeit von Montag bis Freitag		3,—
	für eine Woche		6,—
	für einen Monat		15,—

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
c)	für Zugboote zum Wasserskifahren	§ 3 TspVerkVO	
	für einen Tag		4,—
	für eine Woche		15,—
d)	auf Wasserflächen, deren Befahren im allgemeinen verboten ist	§ 9 TspVerkVO	
	für eine Fahrt		2,—
	für ein Jahr		20,—
6.	Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zum Befahren der westdeutschen Kanäle	§ 1 Satz 2 und § 4 Satz 2 der Schifffahrtspolizeilichen Anordnung über den Verkehr von Motorsportbooten auf den westdeutschen Kanälen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Münster vom 29. April 1969 (Verkehrsblatt S. 221)	
	für eine Fahrt		10,—
	für ein Jahr		30,—

V. Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem sonstigen Verhalten im Verkehr

1.	Zulassung von Fahrzeugen und Verbänden, die die festgesetzten Abmessungen oder Tauchtiefen überschreiten	§§ 8.01, 11.02 RheinSchPVO ²³⁾ , § 1.06 BinSchStrO ²⁴⁾ , § 8.01 MoselSchPVO ²⁵⁾	
	je Fahrzeug für eine Reise		50,—
	für ein Jahr		300,—
2.	Genehmigung eines Sondertransports	§ 1.21 RheinSchPVO, § 1.21 BinSchStrO, § 1.21 MoselSchPVO, § 1.21 DonauSchPVO ²⁶⁾	30,— bis 300,—
3.	Genehmigung von Veranstaltungen	§ 1.23 RheinSchPVO, § 1.23 BinSchStrO, § 1.23 MoselSchPVO, § 14.01 DonauSchPVO, §§ 6, 19 TspVerkVO	
	sportliche Veranstaltungen		20,— bis 50,—
	sonstige Veranstaltungen		80,— bis 600,—
4.	Erlaubnis zum ausnahmsweisen Gebrauchmachen von bestimmten Lichtern, Flaggen und Tafeln	§ 3.05 Nr. 3 b RheinSchPVO, § 3.05 Nr. 2 b BinSchStrO, § 3.05 Nr. 3 b MoselSchPVO, § 6.20 Nr. 3 b DonauSchPVO	50,—

Lfd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
5.	Befreiung von der Lichterführung	§ 3.20 RheinSchPVO, § 3.20 BinSchStrO, § 3.20 MoselSchPVO, § 9.09 DonauSchPVO	50,—
6.	Ausnahme von der Nachtbezeichnung bestimmter stillliegender Fischereifahrzeuge und -geräte	§ 3.26 BinSchStrO	20,—
7.	Befreiung von der Nachtbezeichnung schwimmender Geräte bei der Arbeit sowie festgefahrener oder gesunkener Fahrzeuge	§ 3.27 RheinSchPVO, § 3.27 BinSchStrO, § 3.27 MoselSchPVO	50,—
8.	Ausnahme von der Bezeichnung der Netze, Ausleger oder sonstiger Fischereigeräte bestimmter stillliegender Fahrzeuge bei Tag	§ 3.40 BinSchStrO	20,—
9.	Ausnahme von der Tagbezeichnung schwimmender Geräte bei der Arbeit sowie festgefahrener oder gesunkener Fahrzeuge	§ 3.41 Nr. 2 RheinSchPVO, § 3.41 Nr. 2 BinSchStrO, § 3.41 Nr. 2 MoselSchPVO	50,—
10.	Vorrecht auf Schleusung, soweit nicht in Abgabentarifen geregelt	§ 6.29 Nr. 1 b RheinSchPVO, § 6.29 Nr. 4 c BinSchStrO, § 6.29 Nr. 2 b MoselSchPVO, § 6.29 Buchstabe b DonauSchPVO	
	für einmaliges Schleusen je Fahrzeug		20,—
	für ein Jahr je Fahrzeug		50,— bis 200,—
11.	Eintragung von Vermerken in das Schiffsattest oder Schiffszeugnis (s. auch Abschnitt II Nrn. 24 bis 26)	§ 6.33 Nr. 4 und § 8.03 RheinSchPVO, § 6.33 Nr. 4 BinSchStrO, § 6.33 Nr. 4 und § 8.03 MoselSchPVO	10,—
12.	Genehmigung der Zusammenstellung oder Auflösung eines Schubverbandes auf kurzen Strecken	§ 8.04 RheinSchPVO, § 8.04 BinSchStrO, § 8.04 MoselSchPVO	50,—
13.	Genehmigung des Ladens, Löschens und Leichtern an bestimmten Stellen	§ 8.13 BinSchStrO, § 10.09 BinSchStrO	50,—
14.	Erlaubnis der Nachtschiffahrt auf der Strecke Bingen–St. Goar je Fahrzeug	§ 9.07 RheinSchPVO	50,—
15.	Gebühren auf Grund von Anordnungen vorübergehender Art	§ 1.22 RheinSchPVO, § 1.22 BinSchStrO, § 1.22 MoselSchPVO, § 1.22 DonauSchPVO	10,— bis 50,—

Ufd. Nr.	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Gebühr DM
-------------	------------	-----------------	--------------

VI. Sonstige Amtshandlungen

In allen übrigen Fällen, die nicht in den Abschnitten I. bis V. aufgeführt sind, bei schriftlichen Verwaltungsakten

20,— bis 500,—

- | | |
|--|---|
| <p>1) Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Erteilung von Rheinschifferpatenten vom 15. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 714)</p> <p>2) Lotsenordnung für den Rhein zwischen Basel und Mannheim/Ludwigshafen vom 15. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 703)</p> <p>3) Preußisches Gesetz vom 17. März 1870, betreffend die Ausführung der Revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 (Preußische Gesetzsammlung S. 187)</p> <p>4) Verordnung über Befähigungszeugnisse in der Donauschiffahrt vom 22. Juli 1960 (Verkehrsblatt S. 292)</p> <p>5) Verordnung über Elbschifferzeugnisse vom 2. Juli 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 364)</p> <p>6) Verordnung über Befähigungszeugnisse in der Binnenschiffahrt vom 15. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 722)</p> <p>7) Verordnung über den Verkehr und den Betrieb der Fahrgastschiffe mit weniger als 15 Tonnen Wasserverdrängung auf dem Rhein (Kleinfahrgastschiffverordnung) vom 21. Oktober 1967 (Bundesgesetzbl. II S. 2393)</p> <p>8) Verordnung über den Verkehr und den Betrieb der Fähren auf dem Rhein (Rheinfährenordnung) vom 23. September 1963 (Bundesgesetzbl. II S. 1223)</p> <p>9) Verordnung über die Erteilung von Radarschiffer-Zeugnissen für den Rhein vom 23. Dezember 1964 (Bundesgesetzbl. II S. 2010)</p> <p>10) Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Erteilung von Radarschiffer-Zeugnissen für den Rhein vom 23. Dezember 1964 (Bundesgesetzbl. II S. 2010)</p> <p>11) Verordnung über die Erteilung von Rheinschifferpatenten vom 15. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 714)</p> <p>12) Gesetz über Schifferdienstbücher vom 12. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 3)</p> <p>13) Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Schifferdienstbücher vom 22. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 26)</p> | <p>14) Verordnung über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße vom 30. April 1950 (Bundesgesetzbl. S. 371)</p> <p>15) Verordnung über die Untersuchung der Donauschiffe vom 23. August 1958 (Verkehrsblatt S. 579)</p> <p>16) Verordnung über die Schiffssicherheit in der Binnenschiffahrt vom 18. Juli 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 769)</p> <p>17) Verordnung über die Fähren auf dem Edersee vom 23. Februar 1962 (Verkehrsblatt S. 147)</p> <p>18) Verordnung über den Verkehr und den Betrieb der Fähren auf der Donau vom 4. Oktober 1965 (Verkehrsblatt S. 580)</p> <p>19) Verordnung über den Verkehr und den Betrieb der Fähren auf Bundeswasserstraßen vom 8. März 1967 (Bundesgesetzbl. II S. 1141)</p> <p>20) Randnummern (Rn) der Anlagen zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR) und über die Ausdehnung dieser Verordnung auf die übrigen Bundeswasserstraßen vom 23. November 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1851)</p> <p>21) Verordnung über die Zulassung von Flüssiggasanlagen an Bord von Schiffen, die für die Beförderung gefährlicher Güter bestimmt sind, vom 12. November 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1845)</p> <p>22) Verordnung über die Zulassung und den Verkehr von Fahrzeugen auf der Eder- und der Diemeltalsperre vom 18. April 1972 (Verkehrsblatt S. 295)</p> <p>23) Rheinschiffahrtspolizeiverordnung vom 5. August 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1305)</p> <p>24) Binnenschiffahrtsstraßen-Ordnung vom 3. März 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 178)</p> <p>25) Moselschiffahrtspolizeiverordnung vom 8. Juni 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 833)</p> <p>26) Donauschiffahrtspolizeiverordnung vom 18. März 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 297)</p> |
|--|---|

in der jeweils gültigen Fassung.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, 53 Bonn I, Postfach 624, Tel. (022 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postcheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 399-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,05 DM (0,85 DM zuzüglich —,20 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,45 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.